

Cuba sí REVISTA

Zeitschrift der AG Cuba sí in der Partei Die Linke



© junge Welt/dk

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

für Kuba geht es derzeit um alles. Um die Zukunft der Revolution und um das Leben und Überleben der 10 Millionen Kubanerinnen und Kubaner. Trotz der mörderischen und genozidalen US-Aggressionspolitik halten Regierung und Bevölkerung bislang stand.

Angesichts der dramatischen Situation sind wir mehr denn je gefordert. Neben der materiellen Solidarität muss es hierzulande darum gehen, Bewusstsein zu schaffen, Gegenöffentlichkeit herzustellen, Widerstand zu organisieren. Beispielhaft hierfür steht die bundesweite Kundgebung am 28. Juni 2026 „Hände weg von Lateinamerika - Solidarität mit Kuba“ in Berlin, zu der die Partei Die Linke aufgerufen hatte und an der die Solidaritätsbewegung vereint teilnahm. Nur durch gemeinsames Agieren können wir Erfolg haben - lasst uns auch hierbei von Kuba lernen. Venceremos!

HINTERGRUND

Unsere Autorin Prof. Dr. Raina Zimmering ist Historikerin, Politologin und Soziologin. Von 2007 bis 2013 war sie als Universitätsprofessorin für sozio-kulturelle Transformationsforschung tätig und leitete die Abteilung für politische und Entwicklungsforschung an der Johannes-Kepler-Universität in Linz (Österreich). Zahlreiche Forschungsaufenthalte führten sie in verschiedene Länder Lateinamerikas. Als freie Autorin lebt sie in Berlin und schreibt u. a. zu Themen der Demokratie- und Transformationsforschung, emanzipatorischen und indigenen Bewegungen, sozialer Gerechtigkeit und politischer Kulturforschung.

DIE GEGENWÄRTIGE LATEIN-AMERIKA-POLITIK DER USA: VON DER „MONROE-“ ZUR „DONROE-DOKTRIN“

Am 3. Januar 2026 intervenierten die USA militärisch in Venezuela, kidnapten dessen Präsidenten Nicolás Maduro und seine Ehefrau, töteten bei dieser Aktion über 100 Menschen und eigneten sich die wertvollen Ressourcen des Landes in kolonialer Manier an. Venezuela verfügt über die größten Erdölreserven der Welt sowie über Gold, Bauxit und Coltan. Bereits im Sommer 2025 hatten die USA den Druck auf Venezuela erhöht, indem mehrfach angeblich für den Drogenschmuggel missbrauchte Boote in der Karibik aus der Luft bombardiert wurden. Mehr als 150 Menschen kamen dabei ums Leben.

FLÄCHENDECKENDE EINSCHÜCHTERUNG

Zuvor bedrohten die USA Panama mit einer Militärintervention, wenn das Land nicht mit einer Quasi-Mandatsübernahme des Panama-Kanals durch die USA und die Vertreibung chinesischer Hafenbetreiber „einverstanden“ gewesen wäre. An den Grenzen Mexikos steht US-amerikanisches Militär bereit, in das Land zu intervenieren.

Die USA begründen all diese Aktionen mit dem „Krieg gegen Drogen“ und die „Bekämpfung illegaler Migration“, die allzu oft vorgeschobene Gründe sind. Viele lateinamerikanische Länder wurden mit Sanktionen und hohen Zöllen durch die USA belegt, was die Staaten wirtschaftlich belastet und sie disziplinieren soll.

Die Strangulierung Kubas durch eine Energietotalblockade mit existenzbedrohenden Folgen für die Bevölkerung ist ein Höhepunkt der Trumpschen völkerrechtswidrigen Gewaltpolitik gegenüber Lateinamerika und der Karibik.



HARDLINER BEVORZUGT

Auf der anderen Seite unterstützt Trump lateinamerikanische Regierungen, die eine neoliberale und neokonservative Politik zugunsten der USA und der Reichen betreiben und die Bevölkerung ihrer Lebensgrundlagen berauben. Das einheitliche politische Muster zeigt sich in der Aushöhlung der Demokratie durch Präsidenten-Dekrete ohne Zustimmung des Parlaments, der Abschaffung von Ministerien (meistens Bildungs-, Gesundheits- und Sozialministerien) und extremen Kürzungen im Sozialbereich (Reduzierung der Renten, Sozialleistungen und Zuwendungen für Schulen und Universitäten).

Eine restriktive „Sicherheitspolitik“ vermischt Polizei- und Sicherheitsdienste und Armee und ordnet sie der „Nationalen Sicherheit“ unter. Dies hat die Militarisierung der Gesellschaften zur Folge und mündet in eine Gewaltspirale, besonders gegen die eigene Zivilgesellschaft und Protestbewegungen. „In Mode gekommen“ ist die Errichtung von Mega- und Massengefängnissen im Stile von Nayib Bukele, Präsident von El Salvador. Ursprünglich gegen das organisierte Verbrechen gerichtet, ähneln sie nun Konzentrationslagern, in denen die Zivilbevölkerung und lateinamerikanische Migranten in Schach gehalten werden.

Und so ist es wohl kein Zufall, dass der gerade mit einer hauchdünnen Mehrheit gewählte ultrarechte kolumbianische Präsident Abelardo de la Espriella verkündete, auch er wolle mehrere Gefängnisse nach diesem Muster errichten, so die Linke in Kolumbien vernichten und auch die Friedensgespräche mit den bewaffneten Gruppen beenden.

Außenpolitisch bilden die rechten Regierungen strategische Partnerschaften mit den USA und Israel, wollen aus der UNO austreten und verweigern sich einer lateinamerikanischen Integration. Sie forcieren eine militärische Zusammenarbeit mit den USA mit gemeinsamen Militärübungen, Aufrüstung, Erweiterung und Neuerrichtung von US-Militärstützpunkten und der Ausbildung nach US-Standards.

UND ANALYSE

RECHTSRUCK IN LATEINAMERIKA

Rechte Regierungen wie die von Javier Milei in Argentinien, Santiago Peña in Paraguay, Rodrigo Paz in Bolivien, Daniel Noboa in Ekuador, Nasry Asfura in Honduras, Keiko Fujimori in Peru und Abelardo de la Espriella in Kolumbien bilden inzwischen eine Mehrheit in Lateinamerika und lösten zwei „rosa Wellen“ von Mitte-Links Regierungen ab. Sie erhielten Geldgeschenke von Trump, der sich massiv in die Wahlen dieser lateinamerikanischen Länder einmischte. In Brasilien wird bei den Wahlen im September 2026 ebenfalls ein Sieg der Rechten gegenüber Präsident Lula da Silva befürchtet.

Die Frage ist, ob Donald Trumps Lateinamerikapolitik einen Paradigmenwechsel bedeutet. Was die strategischen Ziele der USA in Lateinamerika anbetrifft, so waren diese immer die gleichen, nur änderten sich ihre Methoden je nach politischer Richtung der US-Präsidenten. Es ging stets darum, Lateinamerika als Ressourcen- und Kapitalquelle und geostrategischen „Hinterhof“ auszubeuten. Dies wurde schon in der Monroe-Doktrin von 1823 im Sinne von „Amerika den Amerikanern“ festgeschrieben.

HINTERHOF DER USA

In Anwendung der Doktrin intervenierten die USA militärisch in Lateinamerika, besetzten jahrelang diese Länder oder zettelten Militärputsche an, wie z.B. 1954 in Guatemala, 1965 in der Dominikanischen Republik, 1962 in Kuba und 2009 in Panama. Diesem Muster folgten die Militärputsche in Chile, Argentinien, Brasilien und Uruguay in den 1970er Jahren oder in Bolivien 2019.

Gleichzeitig wendeten die USA weiche Methoden der Einflussnahme über die United States Agency for International Development (USAID) oder das National Endowment of Democracy (NED) an, die über lancierte Hilfe und Manipulation wesentlich zum Fall der lateinamerikanischen Mitte-Links-Regierungen der 2000er Jahre, zu einer Welle rechter Regierungen und einer Militarisierung der Gesellschaften beitrugen.

Auf dieser Politik konnte Donald Trump gut aufbauen. Weiche Methoden waren für ihn im großen Stil nun nicht mehr nötig, deshalb schloss er USAID als Behörde. Seine Strategie in Lateinamerika als „Hinterhof der USA“ legte er 2025 in seiner Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie nieder. Er wandelte die Monroe-Doktrin somit in die „Donroe-Doktrin“ um. Das Ziel, die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in der westlichen Hemisphäre, bleibt das gleiche.

Die venezolanische, kubanische und nikaraguanische Regierung konnte durch die bisherige US-Lateinamerika-Politik jedoch nicht zu Fall gebracht werden. Hier ging Trump nun zur äußeren Gewalt über, wobei er gleichzeitig die weichen Methoden aus den USAID-Programmen übernahm: Durch die Diskreditierung der Regierungen in diesen Ländern und Manipulation sollen regime change und Regimemanagement effektiv gestalten werden. Trotz dieser sogenannten „Donald-Doktrin“ formieren sich Widerstand in und Solidarität mit Lateinamerika. Es bleibt zu hoffen, dass diese als eindämmende bzw. Wende-Faktoren wirken werden.



AKTUELLES

Von Steffen Niese, Koordinator AG Cuba sí

QUO VADIS KUBA?

Anmerkungen zur Debatte über die privatwirtschaftliche Reformpolitik Kubas

Nachdem die Berichterstattung in bürgerlichen Medien über Kuba nachgelassen hatte, sorgte Mitte Juni die Meldung über ein umfangreiches makroökonomisches Maßnahmenpaket der kubanischen Regierung mit marktwirtschaftlichem Charakter für Aufsehen. Diese Berichte sowie die von offizieller kubanischer Seite veröffentlichten Stellungnahmen haben bereits vor der Umsetzung des 176 Punkte umfassenden Planes zahlreiche Reaktionen hervorgerufen. Während die politische Rechte erwartbar von unzureichenden Maßnahmen spricht und neben wirtschaftlichen auch grundlegende politische Veränderungen einfordert, machen sich große Teile der Solidaritätsbewegung Sorgen um den sozialistischen Charakter der Karibikinsel.

WARUM DIESE MASSNAHMEN?

Die kubanische Regierung steht zweifelsfrei mit dem Rücken zur Wand. Die venezolanische Regierung hat nach dem US-Angriff zu Jahresbeginn und der Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro allem Anschein nach auf Weisung Washingtons die Zusammenarbeit mit Kuba im Energiebereich eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt machte dieses Öl ca. 60% der Energieimporte Kubas aus.

Weitere Lieferländer von Erdöl und Derivaten haben nach dem Inkrafttreten eines weiteren extraterritorialen Sanktionspaketes ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit Kuba beendet. Da die einheimische Ölproduktion nur einen Teil des Bedarfes deckt und seit Januar 2026 lediglich eine Handvoll Öltanker in Kuba angekommen sind, steckt das Land in einer existenziellen Krise, die sich auf alle Bereiche des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens auswirkt. Vor diesem Hintergrund, in Anbetracht der Tatsache, dass die US-Regierung in keiner Weise gewillt ist, die Daumenschrauben zu lockern und weiterhin eine genozidale Politik des Aushungerns verfolgt, und unter Berücksichtigung der weitgehenden Passivität traditioneller Verbündeter, sah sich die Regierung in Havanna zu einer ganzen Reihe von teils weitreichenden Maßnahmen gezwungen.

WAS UMFAST DIESES MASSNAHMENPAKET?

Das von der Nationalversammlung Anfang Juni verabschiedete Dokument mit dem Titel „Wirtschaftliche und Soziale Transformationen“ umfasst 176 Einzelmaßnahmen auf 23 Gebieten. Bei der großen Mehrheit dieser Maßnahmen handelt es sich um Regelungen und Verfahren zur Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung in den Bereichen Außenhandel, Devisengeschäfte, Löhne und Gehälter, Steuern, Transport, Verwaltung sowie Wirtschaftsplanung.

In der kubanischen Gesellschaft weitestgehend konsensual dürften die Maßnahmen zur Reform sozialer Sicherungssysteme sowie des Rentensystems sein. So sollen staatliche Subventionen deutlich zielgerichteter verteilt, Preisdifferenzierungen eingeführt sowie private Unternehmen verpflichtet werden, Sozial- und Rentenbeiträge für ihre Beschäftigten abzuführen. Deutlich kontroverser werden aufgrund ihrer Tragweite die geplanten Veränderungen im Finanzsektor, dem Tourismus, der Energieversorgung sowie der Landwirtschaft diskutiert. In all diesen strategisch bedeutsamen Sektoren soll künftig die Rolle des Staates reduziert und der Handlungsspielraum für private Unternehmen erweitert werden.

Künftig ist es Kubanern und Ausländern erlaubt, im Finanzsektor tätig zu werden und eigene Banken und Finanzinstitute zu gründen. Auch soll ausländischen Investoren eine eigenständige Personalpolitik gestattet sowie Pachtverträge für eine Dauer von maximal 99 Jahren geschlossen werden. Auch in der Landwirtschaft soll es keine festgelegten Grenzen mehr hinsichtlich Pachtdauer und -größe geben. Somit vollzieht sich auch hier ein Paradigmenwechsel.

WAS BEDEUTET DIES FÜR DIE ZUKUNFT DES KUBANISCHEN SOZIALISMUS?

So widersprüchlich diese marktwirtschaftlich anmutenden Maßnahmen im Hinblick auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung erscheinen mögen – sie sind weitestgehend alternativlos. So ist lediglich der Privatsektor von den US-Blockadebestimmungen ausgenommen und verfügt nach Einschätzung von Wirtschaftswissenschaftlern über genügend Entwicklungspotenzial, um den weiteren Verfall der kubanischen Wirtschaft abzuwenden und zur Entwicklung der Produktionskräfte beizutragen.

Zweifelsfrei geht mit dieser partiellen Kapitalisierung der Wirtschaft das Risiko einer Aushöhlung des sozialistischen Entwicklungsmodells einher. Einzelmaßnahmen ohne strukturelle Veränderungen hingegen wären sicherlich nicht ausreichend, um die Ökonomie nachhaltig zu stabilisieren. Bleibt zu hoffen, dass sich dieses Risiko auszahlt. Wir sollten uns von diesen Debatten jedoch nicht aus dem Konzept bringen lassen und unsere Solidaritätsarbeit unvermindert fortsetzen.

AUS

KUBA

Von Deborah Azcuy, Dolmetscherin,
Übersetzerin und Koordinatorin von Cuba sí in Havanna

„DEM BEDÜRFTIGSTEN ZU HELFEN, IST EINE HEILIGE PFLICHT“

Kubas Bevölkerung leistet Widerstand gegen die immer aggressiveren Sanktionen der US-Regierung. Organisiert wird der an der Basis, in den Wohngebieten, durch die gewählten Vertreter der Volksmacht (Poder Popular). Juan Antonio Oña vertritt seit drei Jahren seinen Wahlkreis 59, 2 vom Komplex Vedado Malecón im Stadtteil Plaza de la Revolución in Havanna. Mit ihm sprach Deborah Azcuy über Zusammenhalt und Solidarität in einer schwierigen Zeit.

Am 29. Januar 2026 erließ US-Präsident Trump eine Exekutivverordnung, die jedem externen Lieferanten verbietet, Kuba Öl zu liefern. Der Mangel an Treibstoff droht eine humanitäre Krise auszulösen: Hilfsgüter können ohne Benzin kaum zu den Notleidenden transportiert werden. In Havanna fehlt 20 Stunden pro Tag der Strom, in den übrigen Provinzen noch länger. Das kubanische Volk leidet Hunger. Dringende Operationen werden zunehmend unmöglich.

Ausländische Leser, die Kuba noch nie besucht haben, werden denken, die Regierung sei für diese Situation verantwortlich. Denn bei der Berichterstattung vieler internationaler Medienkonferenzen wird eines oft vergessen: Trumps aggressive Maßnahme verschärft die bereits 1962 von den USA gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gravierend. Diese soll die Bevölkerung zermürben, damit sie sich gegen ihre Regierung erhebt und das sozialistische System zum Einsturz bringt.

KUBA LEISTET WIDERSTAND

In einem derart komplexen Szenario lohnt es zu fragen: Warum leisten die Kubaner Widerstand? – Weil sie an Werten festhalten, die ihnen die kubanische Revolution und Fidel Castro vermittelten: ihre Würde niemals unter externem Druck zu verhandeln, resilient zu sein, ihre Identität und Kultur aus der Solidarität heraus zu verteidigen und stets vorwärts zu gehen.

Entschlossen handeln deshalb die Basisstrukturen der Poder Popular, um die Auswirkungen der Belagerung auf die Menschen zu lindern. Kreative, konkrete Lösungen – jeden Tag aufs Neue und gemeinsam mit staatlichen Stellen, privaten Unternehmen und allen Menschen guten Willens. Alle sind davon überzeugt, dass nur durch Einigkeit ein Vorankommen möglich ist.

Deborah: Wie organisieren sich die Menschen im Viertel?

Antonio: Über eine WhatsApp-Gruppe; die Nachbarn legen die Probleme dar und gemeinsam arbeiten wir an Lösungen. Nachbarn ohne Internetzugang kommen jeden Mittwoch zu uns. Die aktuell größten Probleme sind Wassermangel durch undichte Rohre und der Zugang zu subventionierten Lebensmitteln. Besonders kümmern wir uns um alleinstehende Mütter und Senioren.

Infolge der verschärften US-Blockade haben wir mit dem Direktor des örtlichen Hotels Meliá Cohiba vereinbart, dass diese Einrichtung zweieinhalb Monate lang kostenlos eine Caldosa (Art Eintopf) für 230 Bedürftige garantiert. Das sind alleinerziehende Mütter mit mehr als drei Kindern. Wir Delegierten haben zudem die Betreiber von Bauernmärkten und kleinen und mittleren Privatbetrieben um Unterstützung gebeten – mit Erfolg. Wöchentlich stellen sie ein kostenloses Lebensmittelpaket für die Bedürftigsten zur Verfügung.

Menschen über 70 Jahre erhalten im staatlichen Familienhilfesystem Frühstück, Mittagessen und Abendessen zu subventionierten Preisen. Wir haben außerdem erreicht, dass ein privates Restaurant im Viertel die tägliche Verpflegung für zehn sehr alte Menschen sicherstellt, die allein leben und ihr Haus nicht verlassen können. Wir Delegierten bringen ihnen die Lebensmittel und kümmern uns um sie.

Wie bereitet sich die Bevölkerung vor, sollte die US-Regierung eine Invasion befehlen?

Seit 2025 nehmen die Delegierten mit den Massenorganisationen an Verteidigungstagen teil. Die örtlichen Familienärzte aktualisieren ständig die Versorgungsübersichten. Darin wird u.a. erfasst, wie viele Menschen krank sind, wie viele Schwangere und wie viele alleinerziehende Mütter es gibt.

Gibt es trotz der US-Aggression ein „normales“ Leben mit Kultur?

Zusammen mit den CDR (Komitees zur Verteidigung der Revolution), der FMC (Föderation kubanischer Frauen), den Ortsgruppen der PCC (Kommunistische Partei Kubas), der Direktion des Hotels Cohiba, den privaten Wirtschaftsaktoren und der Bevölkerung lassen wir uns unsere Kultur nicht nehmen. So feierten wir den Internationalen Frauentag und den Kindertag. Künstler treten in der Gemeinde auf, auch das Kinderprojekt „La Colmenita“. Über WhatsApp informieren wir die Nachbarn über das kostenlose Angebot der Theater, Kulturhäuser und anderer Einrichtungen.

Erhalten die Delegierten der Volksmacht ein Gehalt für ihre Arbeit in der Gemeinde?

Nein. Wir tun es, weil wir von der Solidarität und der Lehre Fidel Castros bewegt werden: „Dem Bedürftigsten zu helfen, ist eine heilige Pflicht der Kubaner, denn Liebe wird mit Liebe vergolten.“

DEUTSCHLAND

Von Johanna Kaiser, Professorin für sozialkulturelle Arbeit
an der Alice Salomon Hochschule in Berlin



WARUM KUBA?

Ein Blick zurück auf Studienreisen mit Studierenden der Alice Salomon Hochschule (ASH).

Mit zwei Kolleginnen und drei Seminaren realisierten wir im März 2024 eine Studienreise nach Sancti Spiritus und im Februar 2026 nach Havanna. Anfangs war es zäh, Teilnehmende zu gewinnen – aus finanziellen und zeitlichen Gründen, trotz einer ASH-Unterstützung und des (jedoch nur einzelnen zugänglichen) Promos-Programms des DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst). Hinzu kam die große Unsicherheit: Würde das zuvor mit den kubanischen Kollegen entworfene Programm aufgrund der schwierigen Verhältnisse realisiert werden? Verpflegung, Unterbringung und Mobilität vor Ort, würde alles klappen?

VIELFÄLTIGES ENGAGEMENT

Doch tatsächlich, in beiden Fällen war die Reise ein voller Erfolg. Überwogen im ländlichen Sancti Spiritus sozial-kulturelle Projekte mit landwirtschaftlichen Bezügen, besuchten wir in Havanna engagierte Projekte von und mit marginalisierten Gruppen, z. B. von Autismus beeinträchtigte Menschen, die Musik machen oder Kinder und Jugendliche, die sich auf der Bühne erproben. Daneben lernten wir Institutionen kennen, die Kunst und Bildung auf innovative Art und Weise miteinander verbinden.

Aber gibt es nicht auch bei uns in Land und Stadt sozial-kulturelle Projekte mit engagierten Menschen? Muss man sich dazu ins Flugzeug setzen? Berührende Antworten geben die Studierenden in ihren schriftlichen Reflexionen.

So schreibt eine Studentin zu einem Besuch der Casa de África in Havanna: „Mich beeindruckte, dass die zahlreichen Kunstwerke und Objekte nicht – wie in so vielen europäischen Museen – das Ergebnis von Raub und Kolonialherrschaft sind. Viele Exponate wurden dem Museum bewusst übergeben, aus Afrika selbst, oft als Zeichen der Dankbarkeit für Kubas Rolle in den Befreiungskämpfen in Angola und im Kongo. Damit steht die Casa África nicht nur für Erinnerung, sondern auch für Kubas internationale Solidarität.“

GEMEINWOHL ÜBER INDIVIDUALISMUS

Zum Besuch des Hospitals Pediátrico William Soler, dem größten Kinderkrankenhaus Kubas, schreibt sie: „Die Klinik ist spezialisiert auf komplexe Organtransplantationen bei Kindern. Die sympathischen Ärzte erklärten uns offen die Realität ihres Alltags: Mangel an Medikamenten, fehlende technische Ausstattung, junges Fachpersonal verlässt Kuba. (...) Doch diese Ärzte sind geblieben. Aus Liebe zu ihrem Beruf, zu den Kindern, zu ihrem Land und ihrem Volk. Mit ihrer Expertise könnten sie wohl überall auf der Welt arbeiten – unter besseren

Bedingungen, mit höherem Lohn, ohne existenzielle Sorgen. Doch sie haben sich bewusst dagegen entschieden...“

Ein anderer Student schreibt: „Der prägendste Moment und die berührendste Erfahrung war der Besuch einer Einrichtung für junge Menschen mit Autismus. Beim Betreten der Einrichtung war eine besondere Atmosphäre spürbar. Während unseres Aufenthalts gab es keinen Strom. Doch das unterbrach weder die Aktivität noch die Stimmung. Die jungen Erwachsenen begannen zu singen. Ihre Intensität, Freude und Selbstverständlichkeit bewegten mich tief. Es war kein einstudiertes Vorführen für Gäste, sondern ein authentischer Ausdruck. Ihre Begeisterung war ansteckend, ihre Stimmen kraftvoll und voller Emotion. In diesem Moment spielte es keine Rolle, dass Technik fehlte oder äußere Bedingungen schwierig waren. Es zählte ausschließlich die gemeinsame Erfahrung.“

VIELES, DAS BLEIBT

Der Student schließt seine Reflexion: „Diese Studienreise war emotional intensiv und in vielerlei Hinsicht herausfordernd. Sie hat meinen Blick auf globale Ungleichheit, Bildung und Soziale Arbeit nachhaltig verändert. Ich habe gelernt, meine Privilegien bewusster wahrzunehmen und erlebt, wie stark Bildung und Kultur auch unter schwierigen Bedingungen gesellschaftliche Bedeutung behalten. Ich habe gesehen, wie viel Leidenschaft Menschen in ihre Arbeit investieren, auch wenn sie finanziell kaum davon profitieren.“

Eine Studentin schreibt: „Es gibt so viele Geschichten zu erzählen, so viele Momente, so viele Gefühle, die gefühlt wurden. Ich habe Angst um dieses Land, um die Menschen und gleichzeitig haben sie Luftwurzeln, die immer wieder weiterwachsen und Kraft schöpfen können aus der gemeinsamen Verbundenheit. Ich hoffe zutiefst, dass solche Erfahrungen für viele weitere Menschen zugänglich bleiben. Diese Reise hat mich geprägt. Ich bin tief berührt worden, habe gelernt und aufgesogen. Danke.“

Darum Kuba. Der Dank soll hiermit an die Menschen in Kuba weitergegeben werden, die mit so viel Verstand und Herz, mit so viel Humor und Liebe ihre Arbeit und ihre Erfahrungen mit uns geteilt haben.

GEMEINSAM FÜR KUBA

Mit Brot für die Welt und dem Berliner Missionswerk organisierte das Netzwerk Cuba am 29. April 2026 einen Kuba-Fachtag in Berlin.

Die Idee entstand während des Evangelischen Kirchentags 2025 in Hannover bei einem Podium über Religionen und Kirchen in Kuba. Unter den etwa 50 Interessierten v. a. aus kirchlichen Kreisen waren zwei Vertreter der kubanischen Botschaft und der Vorsitzende des Vereins der in Deutschland lebenden Kubaner „Estrella de Cuba“, selbst Pfarrer.

Ziel des Fachtags war, die Lage in Kuba und die Bedürfnisse der Menschen zu analysieren, anwesende Akteure zu vernetzen und die vorhandenen Kräfte zu bündeln. Für die Teilnehmer ist die Solidarität mit Kuba seit langem gelebte Praxis und in der aktuellen Situation wichtiger als je zuvor.

MENSCH IM MITTELPUNKT

Die am oikos-Institut für Mission und Ökumene in Dortmund arbeitende Kubanerin Ailed Villalba betonte in ihrem Vortrag, dass in Kuba der Mensch im Mittelpunkt stehe. Diese Maxime müsse verteidigt werden, auch wenn es Widersprüche gebe und Reformen mitunter inkonsequent umgesetzt würden. Es sei klar, dass die feindselige US-Politik darauf abziele, mit Kuba ein weltweites Symbol für Widerstand und gesellschaftliche Alternative zu Fall zu bringen.

Zweiter Referent war Prof. Bert Hoffmann vom GIGA-Institut Hamburg (German Institute for Global and Area Studies), ausgewiesener Kubakenner und kurz zuvor von dort zurückgekehrt. Er kritisierte, wie die US-Politik eine humanitäre Katastrophe billigend in Kauf nimmt. Ratlos machte ihn die künftige Entwicklung angesichts offenbar fortschreitender militärischer Vorbereitungen der USA bei angeblich bilateralen Gesprächen mit der kubanischen Regierung.

Für wenig wahrscheinlich hielt er ein Ende der Blockade und damit einen normalisierten Entwicklungsprozess für die kubanische Wirtschaft. Zwar versucht die Regierung, durch die Öffnung für Investitionsmöglichkeiten aus dem Ausland Auswege aus der Krise zu finden. Doch das Risiko für potentielle Investoren besteht durch die US-Blockade weiter. Trotz einer fortschreitenden Differenzierung der Bevölkerung funktioniert die Gesellschaft weiter.

KRITIK AN EU UND BUNDESREGIERUNG

Kritisch diskutiert wurde unter den Gästen die Haltung der Bundesregierung und europäischer Institutionen. Mit ihrer Duldung der aggressiven US-Methoden trügen sie dazu bei, dass der Druck auf Drittstaaten anhalte und Erfolg habe. Gleichzeitig sei es unehrlich, Kuba in diesem Szenario von

Belagerung, Subversion und Bedrohung für angeblich ungenügende Reformen zu kritisieren.

Zwischen den anwesenden Akteuren entspann sich anschließend ein Austausch über jeweilige Erfahrungen in der Projektarbeit, operative Hindernisse und künftige Prioritäten. Ideen möglicher Kooperationen wurden identifiziert u. a. in der ökumenischen Gemeindearbeit, in soziokulturellen Projekten und im Hochschulbereich, der lokalen Anpassung an den Klimawandel sowie in der Landwirtschaft und Nutzung erneuerbarer Energien, z. B. bei der Biogaserzeugung aus Tierhaltung.

Der erste Fachtag bleibt hoffentlich nicht der letzte, denn er war bunt, bereichernd und brachte viele konkrete Ideen und Anregungen. Kuba bietet viele innovative Projekte, die es zu verbreiten gibt. Von zentraler Bedeutung ist dabei eine deutlich verbesserte Medienarbeit in der BRD und Westeuropa – eine Aufgabe für alle Beteiligten.

TOCHTER CHE GUEVARAS ZU GAST IN BERLIN

Am 10. April 2026 waren die Kinderärztin und Che-Tochter Aleida Guevara March (1. v. r.) und der Journalist und Schriftsteller Enrique Ubieta Gómez (2. v. l.) zu Gast bei Cuba sí in Berlin, bevor Aleida am nächsten Tag mit dem Rosa-Luxemburg-Preis der Tageszeitung *junge Welt* ausgezeichnet wurde (siehe *Revista* S. 19). Nach der Beantwortung vieler Fragen kam es zu einem ungewöhnlichen Abschluss: Aleida zitierte erst Kubas Nationaldichter José Martí, um dann sein Lied von der weißen Rose a capella zu singen! Es hätte keinen besseren Beweis für die Würde dieses Volkes geben können!

Gudrun Mertschenk



DIE LINKE

zusammengestellt von Miriam Näther, Cuba sí Leipzig

DIESE BLOCKADE RICHTET SICH GEGEN ALLE – SOLIDARITÄT MIT KUBA!

Großer Erfolg für Cuba sí: Auf dem X. Bundesparteitag der Linken vom 19. bis 21. Juni 2026 in Potsdam erneuerten die rund 600 Delegierten mit großer Mehrheit ihre uneingeschränkte Solidarität mit Kuba. Die Revista greift in diesem Beitrag wesentliche Inhalte des von Cuba sí eingebrachten Antrags auf, der nahezu einstimmig angenommen wurde.

Die Angriffe auf Kuba haben in den letzten Monaten drastisch zugenommen. Mit allen Mitteln versucht die Trump-Administration, Kuba wirtschaftlich systematisch zu ersticken, indem sie gezielt Öl- und Treibstofflieferungen nach Kuba unterbindet und Drittstaaten mit Sanktionen und Strafzöllen bedroht. Diese Maßnahmen sind Teil einer seit 64 Jahren bestehenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr ausschließt, Investitionen behindert und den Zugang zu lebenswichtigen Gütern systematisch erschwert.

ZIEL: HUNGER UND VERZWEIFLUNG

Die gegen Kuba gerichtete Politik der USA zielt darauf ab, die Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes zu zerstören, um einen Systemwechsel herbeizuführen. Dieses Ziel formulierte die US-Regierung bereits kurz nach dem Sieg der kubanischen Revolution: „Enttäuschung und Entmutigung durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not zu provozieren, (...) das Wirtschaftsleben zu schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verweigert werden, und somit die Nominal- und Reallöhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen“ (US-Unterstaatssekretär Lester Mallory, 6. April 1960).

Die aktuelle Eskalation durch die Energieblockade betrifft alle Lebensbereiche: Strom- und Wasserversorgung, Ernährung, Transport, Bildung und Gesundheitswesen. Betriebe, Schulen und Universitäten können nur eingeschränkt arbeiten; in den Krankenhäusern warten Tausende auf notwendige Operationen. Das öffentliche Leben kommt zum Erliegen. Wer ein Land von der Energiezufuhr abschneidet, nimmt bewusst in Kauf, dass Menschen leiden und sterben.

Darüber hinaus droht US-Präsident Trump mit einer militärischen Intervention und lässt Maßnahmen gegen Kubas Regierung prüfen, die die Souveränität des Landes unverhohlen in Frage stellen. Die Politik der USA ist völkerrechtswidrig, sie ist staatlich organisierter Terrorismus.



„HINTERHOF“ LATEINAMERIKA

Doch es geht dabei nicht nur um Kuba. Die USA betrachten Lateinamerika als ihren „Hinterhof“. Dieser Hegemonialanspruch wurde bereits 1823 mit der Monroe-Doktrin manifestiert, die seither Staatsräson ist und Eingriffe in die Souveränität anderer Staaten legitimiert, die sich nicht unterordnen. Zunehmend wird auf Erpressung statt Diplomatie und auf militärische Eskalation statt auf die Einhaltung des Völkerrechts gesetzt.

Die Strategie der USA umfasst diplomatische Isolation, wirtschaftlichen Druck und politische Destabilisierung bis hin zu militärischen Angriffen. Weltweit wird sie dort eingesetzt, wo Länder sich den Interessen der USA entziehen. Ziel ist es, eine globale Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Das Signal ist eindeutig: Wer sich nicht unterordnet, soll scheitern. Ein jüngstes Beispiel dafür ist Venezuela. Deshalb betrifft dieser Konflikt nicht nur Kuba, sondern alle, die für die Souveränität der Völker und eine gleichberechtigte Weltordnung eintreten.

Kuba steht damit auch an vorderster Stelle im Widerstand gegen diese Form internationaler Machtpolitik. Die kubanische Revolution beendete die über 400 Jahre währende Geschichte von Abhängigkeit und eröffnete einen eigenen Entwicklungsweg. Trotz des anhaltenden Drucks der USA hat Kuba bedeutende soziale Errungenschaften erreicht: weitreichende Gleichberechtigung und freien Zugang zu Gesundheit und Bildung. Kuba teilt diese Fortschritte auch international, insbesondere durch Ärzte-Brigaden und Programme zur Bekämpfung des Analphabetismus. Das steht für einen sozialistischen Entwicklungsweg, der den Menschen über den Profit stellt und zeigt, dass Alternativen zum kapitalistischen System möglich sind. Die Blockade und die jüngsten Aggressionen sind das größte Entwicklungshindernis für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung Kubas.

WIDERSTAND UND SOLIDARITÄT

Internationaler Widerstand wächst. Länder wie Brasilien, Mexiko und Spanien setzen auf Zusammenarbeit, Diplomatie, Dialog und stellen sich aktiv gegen die Blockade. Während immer mehr Staaten diesen Weg gehen, bleibt die Politik der deutschen Bundesregierung beschämend. Statt sich der völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik der USA entgegenzustellen, verharret die Bundesregierung in Passivität und duldet faktisch das US-Sanktionsregime.

UND KUBA



Internationale Solidarität ist deshalb keine moralische Geste, sondern eine politische Notwendigkeit. Sie steht im direkten Gegensatz zu einer Weltordnung, in der sich das Recht des Stärkeren durchsetzt.

Solidarität mit Kuba ist deshalb auch Solidarität mit allen, die für die Souveränität der Völker und für eine gerechtere Weltordnung eintreten. Die Verteidigung von Würde, Selbstbestimmung und der Möglichkeit des Aufbaus einer gerechten Gesellschaft ist eine Grundfrage unserer Zeit. Deshalb sagen wir klar: Ein Angriff auf Kuba ist ein Angriff auf alle, die sich nicht unterwerfen wollen.

FORDERUNGEN DES BESCHLUSSES

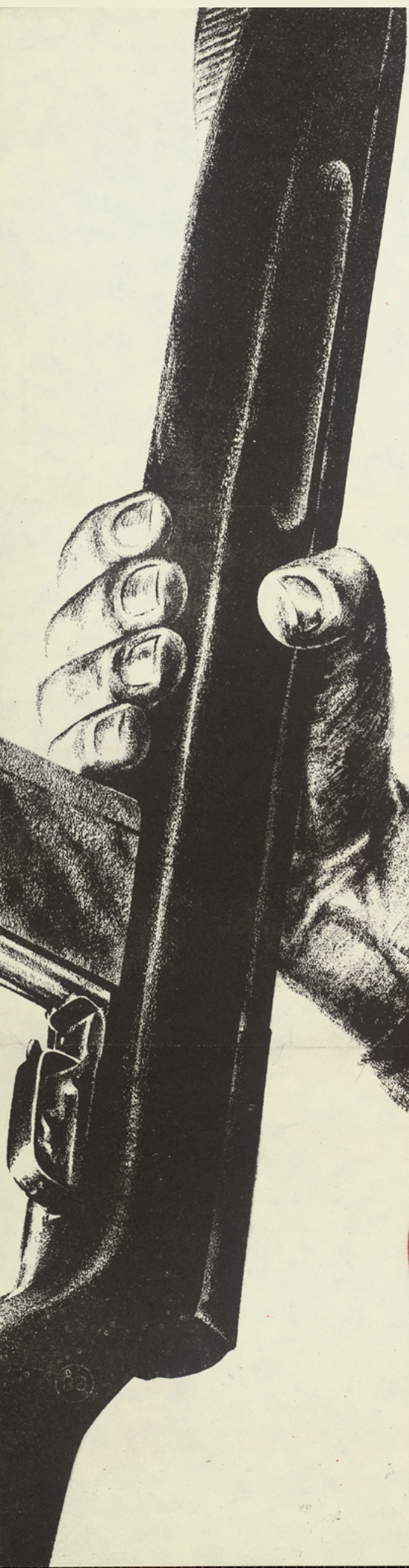
- Die sofortige Beendigung der US-Blockade gegen Kuba, einschließlich der Öl-Blockade, die Streichung Kubas von der Liste der sog. „terrorunterstützenden Staaten“.
- Die klare Verurteilung der US-amerikanischen Kubapolitik als völkerrechtswidrig und den entschiedenen Widerstand der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union gegen die US-Blockade.
- Die Ablehnung jeder militärischen Drohung gegen Kuba sowie eine aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland für Dialog und eine friedliche Lösung auf Grundlage des Völkerrechts.
- Die humanitäre und materielle Unterstützung für Kuba, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Ernährungssouveränität und Gesundheit, sowie den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Bereichen wie erneuerbare Energien, Gesundheit und Bildung.
- Die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Investitionen deutscher Unternehmen in Kuba. Besondere Bedeutung kommt hierbei den Bundesländern zu, in denen Die Linke in Regierungsverantwortung ist.
- Die Verstärkung der internationalen Solidaritätsarbeit unserer Partei mit Kuba durch Bildungs- und Austauschprogramme, insbesondere mit politischen Bildungseinrichtungen, sowie durch die Entsendung von Brigaden und Delegationen.

- In diesem Sinne wirkt Die Linke auf allen Ebenen – von der kommunalen bis zur internationalen – aktiv auf die Beendigung der Blockade hin, organisiert Solidarität und baut den politischen, gesellschaftlichen und internationalen Austausch mit Kuba konsequent aus.

Der Beschluss ist vollständig nachzulesen unter die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/potsdamer-parteitag/potsdamer-parteitag/beschluesse/detail/news/solidaritaet-mit-kuba



Fotos: Überwältigende Solidaritätsbekundung für Kuba: Am Abend des 2. Sitzungstages des Bundesparteitages der Linken strömten mehr als 100 Delegierte sowie die Partei- und Fraktionsführung auf die Bühne. Sie verurteilten die imperialistische US-Außenpolitik, die mit Sanktionen, Erpressung und militärischem Druck ihre Interessen durchsetzt ohne Achtung vor dem Völkerrecht. © Dennis Sabisch



TOO MANY
SUCKERS

UN



CUBA SÍ

FELIZ CUMPLEAÑOS CUBA SÍ! - CUBA SÍ WIRD 35!

Mit dem Ende des Sozialismus in Europa 1989/1990 hatte das sozialistische Kuba seine wichtigsten Handelspartner und politischen Verbündeten verloren. Der Außenhandel des Landes brach um 85 Prozent ein, die „Spezialperiode“ begann. Neugegründete Gruppen der Kubasolidarität fanden unter dem Dach der AG Cuba sí zusammen.

Unmittelbarer Anlass war die Weigerung der damaligen Bundesregierung, den DDR-Vertrag über die Lieferung von Milchpulver nach Kuba fortzuführen. Am 23. Juli 1991 konstituierte sich die bundesweite Arbeitsgemeinschaft Cuba sí, um die im Juni 1991 vom 2. Parteitag der PDS beschlossene Solidaritätskampagne „Milch für Kubas Kinder“ umzusetzen, der 1992 „Kuba muss überleben“ folgte.

Durch die Solidarität für Kuba trägt Cuba sí bei, eine gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus zu erhalten und zu gestalten. Die AG unterstützt Kubas Pläne und Ziele für eine eigenständige Entwicklung und ein sozialistisches Gesellschaftsmodell. Diesem Grundsatz folgt die politische und materielle Solidarität.

Cuba sí realisiert Solidaritätsprojekte in Kuba in jenen Bereichen, in denen das Land solidarische Hilfe benötigt. Grundlage für die Erarbeitung, Umsetzung und Entwicklung der Projekte sind die wirtschaftlichen Pläne und Ziele Kubas sowie die Empfehlungen kubanischer Partnerorganisationen.

Solidarität mit Kuba bedeutet Solidarität mit fortschrittlichen Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika, im globalen Süden und der Welt. Cuba sí ist Teil der internationalistischen Bewegung für eine friedliche und gerechte Welt, gegen Krieg, Imperialismus, Faschismus und Rassismus, gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Armut und Umweltzerstörung.

Unser Prinzip: Jedes Land hat das Recht, seinen Entwicklungsweg souverän selbst zu bestimmen, gegen imperialistische Einmischung, gegen Neoliberalismus und Neokolonialismus.
¡Viva la Solidaridad!

Vor 35 Jahren, als die Solidaritätsarbeit von Cuba sí begann, kämpfte Kuba mit einer schweren Wirtschaftskrise. Ausgelöst durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Paktes, verlor Kuba mehr als 80 Prozent seiner Außenhandelspartner und wichtige Wirtschaftshilfe. Das BIP sank um 35 Prozent. Die USA und ihr Präsident George H. W. Bush sahen die Situation günstig, um endlich ihr Ziel zu erreichen, die kubanische Revolution rückgängig zu machen und das sozialistische Gesellschaftssystem zu zerstören. Sie verschärften die Sanktionen, mit denen sie schon seit über 30 Jahren versucht hatten, die kubanische Wirtschaft zu erwürgen. Doch das kubanische Volk unter Führung von Fidel Castro widerstand trotz Hunger, Mangelnahrung und schwerer Versorgungsengpässe. Dies war nur möglich durch die internationale Solidarität, die sich gegen den US-Boycott und die Sanktionen durchsetzen konnte. Von Anfang an war Cuba sí dabei, alle Schwierigkeiten zu überwinden und dort zu helfen, wo sie es konnten. Das ist nicht nur finanzielle Unterstützung, materielle Hilfe oder aktiver Beistand. Besonders wertvoll ist das große Zeichen der Solidarität, das der Bevölkerung half, im Widerstand gegen die US-amerikanischen Angriffe und Feindseligkeiten nicht nachzulassen.

Um wieviel schwerer ist die Situation jetzt für die Bevölkerung geworden durch die immer kriminelleren Methoden des Krieges, die US-Präsident Donald Trump seit seiner Amtsübernahme gegen Kuba verschärft – bis zur Drohung eines militärischen Überfalls. Cuba sí hat nicht gezögert, seine Hilfe zu verstärken. Sie ist notwendiger geworden wie selten zuvor in der über 60-jährigen Geschichte des Überlebenskampfes des kubanischen Volkes.

35 Jahre solidarischer Hilfe verdienen nicht nur Anerkennung und Dank, sondern verpflichten auch, in dieser äußerst schwierigen Situation nicht aufzugeben. Dafür wünsche ich Cuba sí viel Ausdauer und Kraft:

Patria o Muerte, Venceremos!

Norman Paech, Jurist und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht der Universität Hamburg, führte im November 2023 den Vorsitz über ein international besetztes Tribunal zur US-Blockade gegen Kuba. Im Urteil wurde begründet, warum die Politik der USA gegen das Völkerrecht verstößt.

Weitere Grußbotschaften zum 35. Gründungsjubiläum von Cuba sí auch aus der Partei Die Linke werden fortlaufend auf der Homepage und bei Instagram veröffentlicht.

Cuba sí

Liebe Freundinnen und Freunde von Cuba sí!

Im Namen des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft sende ich allen Genossen, Mitgliedern und Aktivist*innen der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí, die in diesem Jahr ihr 35-jähriges Bestehen feiert, eine kämpferische und revolutionäre Umarmung.

Die Arbeit, die Ihr in dreieinhalb Jahrzehnten unerschütterlichen Kampfes, treuer Verbundenheit zu den Prinzipien der kubanischen Revolution und aktiver Solidarität gegen die verbrecherische imperialistische Blockade, der wir ausgesetzt sind, geleistet habt, unterstreicht das hohe Bewusstsein und die entschlossene Bereitschaft, die alle deutschen Freunde auszeichnen, die Cuba sí mit Leben erfüllen.

Wir danken Euch von Herzen für ungezählte politische Aktionen und Projekte der Zusammenarbeit, Veranstaltungen und Informationsstände, veröffentlichte Informationsmaterialien, die Fiesta de Solidaridad jedes Jahr zum 26. Juli in Berlin, für die Besuche von Gruppen und Brigadisten in Kuba und viele weitere wertvolle Aktionen.

Seid gewiss, Eure Unterstützung ist keine Höflichkeitsgeste für uns: Sie ist eine Waffe. Jedes abgeschlossene Projekt, jede vorangetriebene Kampagne und jede Stimme, die zur Verteidigung unserer Souveränität erhoben wird, ist ein direkter Schlag gegen die imperialistischen Bestrebungen, die unermüdlich daran arbeiten, die kubanische Revolution zu zerstören und damit das Beispiel des Widerstands, das wir der Welt geben, auszulöschen.

In diesen Jahren unermüdlicher Arbeit haben wir Bande der Brüderlichkeit zwischen dem deutschen und dem kubanischen Volk geschmiedet und eine Bastion des Widerstands gegen den Feind errichtet.

Heute, vor der kriminellen Eskalation der Trump-Regierung – die die völkermörderische Blockade noch weiter verschärft, unsere Finanzen einfriert, unsere medizinische Zusammenarbeit angreift, mit einer Invasion droht und davon träumt, uns durch Hunger in die Knie zu zwingen, – muss die Antwort der internationalen Solidaritätsbewegung entschlossener sein denn je. Ich lade Euch ein, gemeinsam voranzuschreiten und dem Imperium zu zeigen, dass seine Drohungen uns nicht spalten: Im Gegenteil, sie einen uns!

Cuba sí und das ICAP werden nicht nachlassen. Angesichts der imperialistischen Feindseligkeit verdoppeln wir die Kräfte im Kampf und sind uns einig: Wir werden siegen! Möge das 35. Jubiläum von Cuba sí der Auftakt zu einem noch größeren Kampf sein.

¡Hasta la victoria siempre!

Fernando González Llort ist der Vorsitzende des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) und einer der 5 Helden (Cuban 5), der als Kundschafter in den 1990er Jahren gewaltbereite exilkubanische Netzwerke in Miami unterwanderte und dafür viele Jahre in US-Gefängnissen saß.

Liebe Genossinnen und Genossen von Cuba sí, wir sind zwar nicht in einer Partei, aber uns eint unsere Solidarität mit dem sozialistischen Kuba, dieser Insel der Zärtlichkeit der Völker. Wie wichtig ist das in diesen Zeiten, in denen der US-Imperialismus, mindestens mit Duldung des deutschen, Kuba mit einem terroristischen Blockadekrieg zum Systemwechsel zwingen will. In dieser Zeit habt Ihr Geburtstag. Da gratuliere ich natürlich. Doch viel wichtiger ist, dass ich mir sicher bin, dass Euch auch Euer Geburtstag die Kraft gibt, den Solidaritätskampf mit Kuba zu verstärken. Lasst uns weiter auf die Straße gehen, um Druck zu machen auf die Bundesregierung, dass sie sich aus der faktischen Unterstützung der Bekämpfung Kubas löst. Lasst uns weiter um politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba kämpfen!

Cuba Si – Yankee No! Venceremos!

Patrik Köbele ist Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei, die u. a. ein Solidaritätsprojekt mit der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) fördert und in der Stadt Cárdenas (Provinz Matanzas) die Kinderklinik „Rosa Luxemburgo“ unterstützt.

Durch den von Donald Trump kürzlich beschlossenen Erdölwürgegriff und die zusätzlichen terroristischen Maßnahmen ist die Inselblockade Kubas nun total. Der imperialistische Angriff weist deshalb bereits genozidäre Aspekte auf. Trotzdem stellt die kubanische Bevölkerung einen unglaublichen Widerstandswillen unter Beweis. In dieser Situation ist unsere solidarische, konkrete Hilfe nötiger denn je, denn sie könnte zu einem entscheidenden Faktor im Überlebenskampf Kubas werden. Die AG Cuba sí hat bis heute sehr viel zur solidarischen Unterstützung Kubas beigetragen. Dafür gebührt ihr unser großes Dankeschön. Wir gratulieren deshalb herzlich zu ihrem 35. Geburtstag. In den nächsten Monaten werden wir die Hilfe von Cuba sí weiterhin benötigen. Ich weiß, dass wir auf sie zählen können. **Es lebe die internationale Solidarität mit Kuba!**

Dr. Franco Cavalli ist Präsident des Vereins mediCuba-Europa, der Projekte zur Erhaltung und Erneuerung der medizinischen Versorgung und Infrastruktur in Kuba fördert.

UNSERE

Unsere Autorin Claudia Gerathewohl leitet den Arbeitskreis Landwirtschaft und betreut regelmäßig Solidaritätsbrigaden im Cuba sí-Projekt Guantánamo. Sie ist Mitglied im Sprecherrat von Cuba sí.

Spendenkonto: Die Linke.Parteivorstand
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
VWZ: Energie + Ihre Anschrift.

ERNEUERBARE ENERGIEN IM LANDWIRTSCHAFTSPROJEKT IN GUANTÁNAMO

Kuba durchlebt derzeit eine nie dagewesene Energiekrise, bedingt durch die Verschärfung der seit mehr als 65 Jahren anhaltenden US-Blockade. Die Drahtzieher nehmen dabei selbst den Verlust von Menschenleben billigend in Kauf. Neue Zwangsmaßnahmen und die Androhung von Sanktionen gegenüber Öllieferanten seitens der Trump-Administration führen zu schwerwiegenden Einschränkungen. Kuba sieht sich mit einem absoluten Mangel an Treibstoff konfrontiert – mit Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, auch auf Ernährung und Landwirtschaft.

DAS ÜBERLEBEN DER REVOLUTION SICHERN

Heute geht es um das Überleben der kubanischen Revolution, das Recht auf Souveränität und Unabhängigkeit, das Recht auf Leben – unverzichtbare, nicht verhandelbare existenzielle Rechte des kubanischen Volks.

Deshalb unterstützt Cuba sí in der Provinz Guantánamo die Projektbetriebe dabei, ihre Energiestruktur auf erneuerbare Quellen umzustellen. Dies folgt der Strategie des Landes, um die Nahrungsmittelproduktion im aktuellen wirtschaftlich-produktiven Kontext voranzutreiben und zu sichern – trotz der gegenwärtigen Kraftstoffknappheit.

Das Projekt begleitet und unterstützt dabei,

- die Grundsätze der sozioökonomischen Politik des Landes umzusetzen, um den bisherigen Energiemix durch erneuerbare Energiequellen stärker zu verändern;
- die Widerstandsfähigkeit in den Produktionsprozessen zu stärken, um die lokale Agrar- und Lebensmittelproduktion zu sichern ebenso wie das Recht der Bevölkerung auf gesunde, vielfältige, nahrhafte und zugängliche Ernährung;
- die Arbeitsbedingungen und die Lebensqualität der begünstigten Bevölkerung zu verbessern;
- die internationale Zusammenarbeit als wichtige Ressource für nachhaltige Entwicklung, Wissenstransfer und verbesserte Kapazitäten zu fördern;
- Ladestationen einzurichten, die es den Einwohnern jeder projektbegünstigten Gemeinde ermöglichen, ihre eigenen Elektrofahrzeuge aufzuladen, Mahlzeiten zuzubereiten und die Kommunikation aufrechtzuerhalten durch das Laden von Batterien und Akkus.



Direkt Begünstigte des Projektes sind in den landwirtschaftlichen Betrieben der Gemeinden Yateras 7, Manuel Tames 56, Imías 37 und Guantánamo 8 Frauen und Männer. Indirekt profitieren jedoch die knapp 20.000 Einwohner dieser Gemeinden und weitere 6.200 Familien aus den angrenzenden Ortschaften u. a. durch Lampensysteme mit Solarmodulen für die Außenbeleuchtung.

Im Projekt liegt der Schwerpunkt in den vier Gemeinden auf dem Ausbau von Solartechnik.

- Manuel Tames: Solaranlage für die Kooperative UBPC „Frank País“
- Yateras: Solaranlage für das multifunktionale Schulungszentrum „Casa de la Amistad“
- Imías: Solaranlage für die UBPC „36. Jahrestag“
- Guantánamo: Solaranlage für den Verwaltungssitz der Kubanischen Vereinigung für Tierproduktion (ACPA).

Die Geschäftsstelle von ACPA in der Provinz Guantánamo verfügt über mehrere Büroräume, einen Beratungs- und einen Schulungsraum. Gelegen im Stadtzentrum, ist sie häufig Treffpunkt für Besprechungen zwischen Produzenten und Fachpersonal u. a. aus den Ministerien für Landwirtschaft (MINAG), Umwelt (CITMA), Bildung (MINED) und Gesundheit (MINSAP) sowie Vertretern lokaler Entwicklungsprogramme, der Universität und neuen Wirtschaftsakteuren. Das Beratungsangebot umfasst die Ausarbeitung und Durchführung von Projekten, die Räumlichkeiten werden zudem für Workshops genutzt.

ENERGIE FÜR DIE REVOLUTION

Die Ausstattung der Geschäftsstelle mit einer Solaranlage wird diese in erster Linie unterstützen, unabhängig vom nationalen Stromnetz bei Ausfällen arbeitsfähig zu bleiben. Darüber hinaus entsteht ein öffentlicher Ort gegenseitiger Unterstützung und Kooperation, der den Zugang zu Informationen gewährleistet und an dem Produzenten geschult und begleitet werden.

Um dieses Projekt von Cuba sí und unserer Partnerorganisation ACPA zu verwirklichen, benötigen wir Ihre Spende! Ziel ist es, drei Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von jeweils 6,5 kW und einem 10 kW-Speicher sowie eine Anlage mit 10 kW Leistung und 14 kW Speicherkapazität im Wert von insgesamt rund 40.000 Euro bereitzustellen.

Helfen Sie uns und vor allem Kuba, sich mit der Nutzung solarer Energie von jenen Abhängigkeiten zu befreien, die durch die erneute Verschärfung der US-Blockade und durch den Ölboykott entstehen.

¡Hasta la victoria siempre! ¡Viva Cuba socialista!



PROJEKTE

Unser Autor Lindi leitet den Arbeitskreis Gesundheitswesen.

FIDEL UND DIE ENTWICKLUNG DES GESUNDHEITSWESENS

Die kostenlose medizinische Betreuung, einer der Grundpfeiler der kubanischen Revolution, ist untrennbar mit dem Wirken von Fidel Castro Ruz (1926-2016) verbunden.

Schon 1953 in seiner Verteidigungsrede im Prozess nach dem gescheiterten Angriff auf die Moncada-Kaserne („La historia me absolverá“ – Die Geschichte wird mich freisprechen) wies Fidel auf eine mangelhafte Gesundheitsversorgung mit hoher Kindersterblichkeit (60-118 auf 1.000 Lebendgeborene) und verbreiteten tödlichen Infektionskrankheiten hin.

GESUNDHEIT UND VORSORGE FÜR ALLE

Gesundheit und deren Erhaltung war ein Privileg der Reichen. Die 6.286 Ärzte, die 1958 im Lande bzw. in den Städten praktizierten, entstammten der Oberschicht. Mehr als ein Drittel von ihnen verließ nach der Revolution die Heimat. Die Revolutionäre Regierung unter Fidel Castro verfünffachte das Budget für die öffentliche Gesundheit, baute Krankenhäuser, steigerte die Ausbildungszahlen in den Gesundheitsberufen und legte den Schwerpunkt auf präventive Maßnahmen. Durch breit angelegte Impfkampagnen konnte schon 1962 die Ausrottung der Spinalen Kinderlähmung gemeldet werden, gefolgt von Malaria 1967, von Tetanus 1972, Diphtherie 1979, des angeborenen Rötelsyndroms und der Mumps-Meningitis 1989, der Masern 1993, der Röteln 1995, der tuberkulösen Meningitis 1997. International wiederholt anerkannt wurde die in den letzten Jahren gelungene Verhinderung der Übertragung von HIV der Mutter auf das ungeborene Kind.

Herausragende Ereignisse waren:

- die Gründung des Instituts für Grundlagen- und Präklinische Wissenschaften „Victoria de Girón“ am 17. Oktober 1962 für ein integriertes Grundlagenstudium mit nachfolgender praxisorientierter Ausbildung in Lehrkrankenhäusern;
- die Gründung medizinischer Fakultäten bzw. Universitäten in allen Provinzen und des Aufgebots der Medizinischen Wissenschaften „Dr. Carlos Juan Finlay“ 1981/1982;
- die Etablierung des Familienarztsystems 1984;
- Aufbau und Entwicklung der Biotechnologie.

Der Ausbau medizinischer Fakultäten innerhalb weniger Monate war ein enormer Kraftakt und besorgte die Verantwortlichen. Berührend sind Zeitzeugenberichte über eine Konferenz im Gesundheitsministerium (MINSAP) wenige Wochen vor Jahresende 1981: Alle Verantwortlichen waren zur Diskussion der anstehenden Aufgaben geladen. Unisono äußerten alle Teilnehmer Bedenken über materielle und organisatorische Probleme. Der Minister versuchte vergebens sie zu entkräften.

Zur Überraschung aller erschien Fidel in seiner olivgrünen Uniform. Raschen festen Schrittes erreichte er das Präsidium und begrüßte die Anwesenden in respektvoller Weise.

„Als ob ein Engel ihm unsere Sorgen eingegeben hätte“, referierte Fidel zu allen anstehenden Aufgaben und versicherte zur allgemeinen Erleichterung, dass seitens der Regierung alles abgesichert sei.



WEGWEISENDE REFORMEN

Wichtiger noch war die Reform des Medizinstudiums selbst, vor allem der Zulassung. Es wurden fortan nur Bewerber angenommen, die körperlich gesund und leistungsfähig waren, mindestens 90 von 100 möglichen schulischen Bewertungspunkten vorweisen konnten und während des Aufnahmeverfahrens bezüglich ihrer humanistischen Motivation, ihres Sozialverhaltens, ihrer Treue zur kubanischen Revolution und ihrer Bereitschaft, an jedem Einsatzort in der Heimat und im Ausland zu arbeiten, geprüft wurden.

Darauf schworen die Teilnehmer der Gründungsversammlung des ersten Kontingents des Aufgebots der Medizinischen Wissenschaften „Dr. Carlos J. Finlay“ am 12. März 1982, dem Vorabend des 25. Jahrestages des heldenhaften Angriffs auf den Präsidentenpalast und den Radiosender Reloj. In einem Festakt im Karl-Marx-Theater in Havanna wies der Comandante en Jefe die zukünftigen Studenten eindringlich auf die Härten ihrer Ausbildung und ihres Berufes und die hohe Verantwortung gegenüber dem kubanischen Volk und seiner Revolution hin. Er verfolgte mit großer Aufmerksamkeit den Weg dieses ersten Kontingents, dem Jahr für Jahr weitere folgten, und entließ die Teilnehmer als graduierte Ärzte nach Abschluss ihrer Ausbildung in die Praxis.

All diese Errungenschaften wollen Trump, Rubio und Co. vernichten! Hindern wir sie daran! Unterstützen wir mit unserer Solidarität das kubanische Gesundheitswesen!

CUBA SÍ

Von Miriam Näther, Cuba sí Leipzig



Ein kräftiger Regenguss hielt die Unblock-Cuba-Aktivisten nicht davon ab, vor dem Bundeskanzleramt gegen die Tolerierung der feindseligen US-Politik zu protestieren und die Beendigung der Blockade zu fordern. © Cuba sí

CUBA SÍ BERLIN: BLOCKADEBRECHER FÜR KUBA!

Am 30. Mai 2026 summt das Spendenlager wie ein Bienenstock: Mehr als 30 Kubafreunde füllten einen Container mit dringend benötigten Sachspenden für das Gesundheitswesen der Projektregion Mayabeque. Mit je einem Röntgen- und Narkosegerät, C-Bogen und Sterilisator, einer Zahnbehandlungseinheit sowie sechs Ultraschalluntersuchungsgeräten und vier Intensivbeatmungsgeräten enthält der Container ungemein wertvolle Ausrüstung zur Aufrechterhaltung der medizinischen Grundversorgung. Das ebenfalls an Bord befindliche EcoFlow-Gerät mit zwei Solarpaneelen wird als autarke Energiequelle zur Sicherung der Stromversorgung in der Blutbank in Sancti Spiritus beitragen. Darüber hinaus wurden Pflegebetten, Matratzen, ein Sauerstoffkonzentrator, Untersuchungshandschuhe, medizinische Masken und Verbrauchsmaterial verstaут.

Der Arbeitskreis Gesundheitswesen erhielt die medizinischen Geräte aus Spenden bzw. räumten Fachhändler erhebliche Preisnachlässe ein. Allen Beteiligten ein riesiges Dankeschön für diesen großartigen Beweis für Humanismus und Solidarität!



Foto: Die Aktivisten von Cuba sí nach der erfolgreichen Containerbeladung mit Hilfsgütern für das kubanische Gesundheitswesen in der Provinz Mayabeque am 30. Mai 2026 in Berlin. © Cuba sí

UNBLOCK CUBA: KUNDGEBUNGSTRILOGIE IN BERLIN

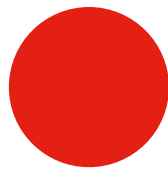
Zu Protestdemos an drei Berliner Orten mit politischer Bedeutung für Kuba hatte das Bündnis Unblock Cuba unter Federführung der deutschen Dachorganisation Netzwerk Cuba aufgerufen. Am 14. Juni 2026 zogen die Aktivisten zunächst vor die US-Botschaft am Brandenburger Tor, um gegen die zynische Politik der Erstickung und Belagerung der Trump-Administration gegen die sozialistische Insel zu protestieren. Von dort ging es weiter zur Repräsentanz der Europäischen Union Unter den Linden und schließlich zum Bundeskanzleramt am Willy-Brandt-Platz.

Klar benannt wurden die Haupttäter der kriminellen, völkerrechts- und menschenrechtsverletzenden Blockade – die US-Politik, ihre Regierung(en) und die herrschende kubafeindlich-konservative Lobby. Beispiele belegten, welchen unermesslichen ökonomischen, sozialen, kulturellen und psychologischen Schaden die aggressive Politik aus Sanktionierung, Verleumdung, Bedrohung und Einschüchterung anrichtet, um den vom kubanischen Volk selbstgewählten Entwicklungsweg zu zerstören.

Doch auch die EU unternimmt nichts gegen dieses Unrecht, sondern macht sich zur Mittäterin: Denn die US-Blockade schädigt durch ihren extraterritorialen Charakter zahllose Unternehmen, NGOs und Privatpersonen innerhalb der EU. Damit verstößt sie gegen ihre eigenen Prinzipien. Bereits 1996 hatte die EU-Kommission die sog. Blocking Regulation (Verordnung (EG) Nr. 2271/96) verabschiedet, die eigentlich Rechtssicherheit gegenüber den Auswirkungen extraterritorialer Sanktionen von Drittstaaten bedeuten sollte. Doch sie bleibt ein Papiertiger.

Auch die Bundesregierung stimmt seit Jahren in der UN-Generalversammlung für Kubas Resolution für ein Ende der Blockade. Es bleiben Lippenbekenntnisse: Trotz EU-Ratspräsidentschaft oder zeitweiligem Sitz im UN-Sicherheitsrat kam das Thema Blockade nicht auf die Agenda – aus Duckmäusertum gegenüber den Trumpschen Wild-West-Methoden?

Das Bündnis Unblock Cuba vereint weltweit rund 70 Organisationen in 20 Ländern, die mit vielfältigen Aktionen das Ende der US-Blockade gegen Kuba fordern und über deren verheerende Auswirkungen aufklären. Die kriminelle Blockade und ihre barbarischen Effekte werden in der Politik noch immer hingenommen und in den Medien weitgehend verschwiegen. Schluss damit!



CUBA SÍ LEIPZIG: FIDEL ZUM 100. GEBURTSTAG

Am 13. August 2026 wäre Fidel Castro 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass lud Cuba sí Leipzig am 15. Mai 2026 zu einem Kolloquium unter dem Motto „Fidel Castros Denken: Inspiration zum Handeln“ ein. Dass Fidels konsequente Haltung gegen Imperialismus, Ausbeutung und Unterdrückung und seine humanistischen Ideale auch heute noch für viele Menschen eine Quelle der Inspiration und Orientierung sind, bewies das große Interesse an der Veranstaltung.

Zu Gast waren die Botschafterin Kubas, Juana Martínez, und der frühere Chefdolmetscher Fidel Castros für die deutsche Sprache, Jesús Irsula. Dieser hatte Fidel u. a. zu Gesprächen mit Erich Honecker, Willy Brandt und Günter Grass begleitet.

Die Botschafterin schilderte die aktuelle Lage und wies die Verleumdung, Kuba stelle eine Gefahr für die Sicherheit der USA dar, entschieden zurück. „Wir sind ein Land, das in Frieden und ohne Druck von außen den Aufbau des vom kubanischen Volk souverän gewählten Modells fortsetzen möchte.“

Später erläuterte sie, was es bedeute, *fidelista* zu sein: „Fidel lehrte uns, als Kubaner solidarisch mit seinem Nachbarn zu sein, gemeinsam die Unabhängigkeit unseres Landes zu verteidigen und diesen Kampf als Teil eines Prozesses zu begreifen, der mit Antonio Maceo und José Martí begann.“

Jesús Irsula erinnerte sich an seine Einsätze, bei denen er neben dem Staatsmann auch den Menschen Fidel kennenlernte. „Fidel verkörperte Vertrauen. Beständig im Austausch mit dem Volk, erklärte er, wie der revolutionäre Prozess unter den Schwierigkeiten in einem seit nunmehr fast 70 Jahren blockierten Land fortzuführen sei, um den kostenlosen und universellen Zugang zu hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung, zu Kultur und Sport zu ermöglichen.“

Das Kolloquium brachte mehrere Parteien und Gruppen der Solidaritätsbewegung zusammen. Deren Reden würdigten Fidels Bedeutung für den Unabhängigkeitskampf nicht nur in Kuba. Seine humanistischen Prinzipien und seine gelebte Solidarität inspirierten zahlreiche Bewegungen in Ländern des globalen Südens, sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Deshalb sei es moralische Pflicht, dem kubanischen Volk in seinem Widerstand gegen die US-Aggression beizustehen.

Die Anwesenden verabschiedeten am Ende ein Protestschreiben an die Bundes- und US-Regierung, das die Aufhebung der Blockade fordert, und riefen zu Spenden für die aktuelle Cuba sí-Solarkampagne „Energie für die Revolution“ auf. Die Teilnehmer richteten zudem einen Gruß an das I. Internationale Kolloquium „Fidel: Vermächtnis und Zukunft“ vom 10. bis 13. August 2026 auf Kuba.

Eine weitere Kampagne ging unterdessen erfolgreich zu Ende: Die Cuba sí-Gruppe Gera überreichte der Botschafterin



symbolisch einen PC aus ihrer Aktion „100 Computer zum 100. Geburtstag“. Das Spendenziel für das Gesundheitsministerium Kubas wurde in Rekordzeit erreicht.

Die Veranstaltung unterstrich eindrucksvoll, wie allgemeingültig Fidels Denken und Handeln bleibt, um eine bessere Welt zu erkämpfen. Solidarität ist eine politische Entscheidung. „Ideen brauchen keine Waffen, wenn sie die großen Massen überzeugen können“, sagte er 1985 in einer Rede. Deshalb kann nur gemeinschaftlich, solidarisch und internationalistisch ein breites Bündnis für Frieden und Integration, gegen Imperialismus und Krieg handlungsfähig und wirksam sein!

Miriam Näther

CUBA SÍ MARBURG: 25 JAHRE SOLIDARITÄT

Ende Januar 2026 lud die Regionalgruppe mit der Kommunistischen Plattform, der Stadtratsfraktion Marburger Linke & Piraten, der Kreistagsfraktion der Linken sowie der DKP Marburg-Biedenkopf zu einem Vortrag von Dr. Edgar Göll unter dem Titel „Kuba trotz der US-Blockade & Krise – Aktuelle Einblicke vom karibischen Sozialismus“ ein. Der Vorsitzende des Netzwerks Cuba e. V. berichtete unmittelbar nach seiner Rückkehr von einer Studienreise, wie Kuba unter den kontinuierlich verschärften US-Sanktionen und regionalen Eskalationen politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich handlungsfähig bleibt. Mit den zahlreich erschienenen Zuhörern diskutierte er Kubas Strategien des Widerstands und der internationalen Vernetzung.

In den Folgemonaten sammelte Cuba sí Marburg Spenden für die Kampagne „Energie für die Revolution“. Rund um den Ersten Mai des DGB Marburg kamen weit über 400 Euro zusammen. Nächste Aktivität ist eine Fiesta mit Podiumsgesprächen zum 25-jährigen Bestehen der Regionalgruppe.

Reinhard Heck

CUBA SÍ

Von Miriam Näther, Cuba sí Leipzig

CUBA SÍ-BUNDESTREFFEN 2026

Die Cuba sí-Regionalgruppen kamen vom 20. bis 22. März 2026 zum jährlichen Bundestreffen, um angesichts wachsender imperialistischer Aggression gegen Kuba und der wirtschaftlich-energiepolitischen Krise zu diskutieren, wie politische und materielle Solidarität weiterentwickelt und strategisch vertieft werden kann. Vom Ort der Zusammenkunft in Naumburg (Saale) gingen kraftvolle Signale für die Solidaritätsarbeit aus.

Die mehr als 80 Teilnehmer aus den Landesarbeitsgemeinschaften, Regionalgruppen und der Koordinierungsgruppe Berlin diskutierten intensiv über die gegenwärtige Situation Kubas, die organisatorische Entwicklung von Cuba sí, die politische Verankerung innerhalb der Friedensbewegung und der Partei Die Linke sowie über konkrete Schwerpunktsetzungen für die künftige Projektarbeit.

So müsse die Solidaritätsarbeit stärker in breite gesellschaftliche Bündnisse und soziale Bewegungen hineinwirken, denn die Solidarität mit Kuba und der Kampf gegen die Blockade ist nicht losgelöst von der internationalen Situation zu betrachten. Cuba sí wird sich daher als Teil der Friedensbewegung stärker in antimilitaristische und antiimperialistische Bündnisse einbringen.

Vor diesem Hintergrund betonte die Botschafterin Kubas, Juana Martínez, die große Bedeutung internationaler Unterstützung und dankte allen Anwesenden für ihre Solidarität. Mit Blick auf die US-Regierung kritisierte sie deren Ziel, lateinamerikanische Bündnisse zu zerstören und rechte Regierungen gegen progressive Entwicklungen in Stellung zu bringen.

HOFFUNGSTRÄGER SOLARENERGIE

Sie erläuterte die verschärfte Lage durch fehlende Öllieferungen. Kuba produziert zwar ein Drittel seines benötigten Öls selbst; es ist jedoch nur eingeschränkt nutzbar. Die Energiefrage ist essentiell für Kubas Unabhängigkeit und Entwicklung, Energie unverzichtbar für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung und damit der kubanischen Revolution. Große Hoffnung liegt auf der Solarenergie. Mit chinesischer Hilfe sind bereits über 250 Solarparks entstanden. Gleichzeitig ist die Speicherung von Energie noch ein Problem. Die Veränderung der Energiematrix und die Sicherung der Gesundheits- und Lebensmittelversorgung gehören zu den wichtigsten strategischen Aufgaben Kubas. Insofern ist Solarenergie elementar für das Gesundheitswesen, die Landwirtschaft und Viehzucht. Priorität beim Ausbau genießen Krankenhäuser, Polikliniken und Zentren der Lebensmittelerzeugung. Schon 10 kW reichen aus, um einen



Notfallbetrieb im ländlichen Raum abzusichern. In der Landwirtschaft wäre Sonnenstrom gleichbedeutend ein Antrieb für Wasserpumpen, Bewässerungs- und Kühlsysteme und Elektrofahrzeuge und damit zentral für die Produktion und Verarbeitung von Nahrungsmitteln.

Die Debatte verdeutlichte die Dringlichkeit des Ausbaus von Solartechnik und die Bedeutung langfristig angelegter, strategisch koordinierter Solidaritätsprojekte, um grundlegende Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Bildung

DIE WICHTIGSTEN BESCHLÜSSE

und Kultur funktionsfähig zu halten.

- Langfristige Projekte in Landwirtschaft und Gesundheitswesen bleiben Schwerpunkt des Wirkens von Cuba sí.
- Zur Unterstützung des Ausbaus erneuerbarer Energien initiiert Cuba sí die Kampagne „Energie für die Revolution“ mit Schwerpunkt auf Solartechnik als integrierte lokale Projekte in den Projektregionen.
- In enger Abstimmung mit der Botschaft Kubas werden in den Projektregionen Einsatzorte und Bedarfe im Gesundheitswesen, in der Bildung und Kultur identifiziert.
- Als Zielsumme werden 500.000 Euro vereinbart.

BREITGEFÄCHERTE AKTIVITÄTEN

In der folgenden Aussprache berichteten die Regionalgruppen über ihre vielfältigen politischen Aktivitäten wie Kinovorführungen, Protestdemos, Lesungen, Postkartenaktionen und Solikonzerte, Vorträge, Infotische, Sachspendensammlungen und Containerbeladungen.

Der Arbeitskreis (AK) Öffentlichkeitsarbeit berichtete über die neu gestaltete Homepage und die *Revista*. Mehr Fokus liegt nun auf sozialen Medien und audiovisuellen Formaten; etwa alle drei Tage werden Beiträge veröffentlicht. Diese erreichen nicht nur neue Adressaten, sondern dienen auch der politischen Bildungsarbeit und Wissensvermittlung. Trotz geringer personeller Ressourcen erzielt der Cuba sí-Account große Reichweiten mit mehr als 3.800 Followern und bis zu 60.000 Aufrufen pro Eintrag.

Ebenso nahm der AK Bildung seine Arbeit auf, um insbesondere junge Menschen und Neumitglieder aktiv in die politische Arbeit einzubinden. Verstärkt werden auch die Kontakte zum bundesweiten Verein „Estrella de Cuba“ der in Deutschland lebenden Kubaner, die solidarisch mit der Revolution sind. Weiterhin wurden der Finanzplan 2026 angenommen, Satzungsänderungen abgestimmt und drei Delegierte zu den Bundesparteitagen der Linken gewählt sowie der Sprecherrat und die Schlichtungskommission nachbesetzt.



„RDA GRÜßT CUBA SOCIALISTA“

Gina Pietschs Repertoire umfasst literarisch-musikalische Abende u. a. von und über Heinrich Heine, Helene Weigel, Mikis Theodorakis und Rosa Luxemburg. 1998 erhielt sie den Bayerischen Theaterpreis. Sie unterrichtete an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin und an der Filmhochschule Babelsberg „Konrad Wolf“. Hier schreibt sie, warum Kuba und Fidel sie bis heute fesseln.

Den Titel sang ich mit meiner Gruppe „Jahrgang 49“ bei den Weltfestspielen 1978 in Havanna; die großen Herzen der Kubaner flogen uns zu. Eines Tages fragte man uns, ob wir bereit seien, einen Subbotnik in der Kaffeeernte zu leisten. Ein Relikt aus der Oktoberrevolution auch in Kuba?, wunderten wir uns. Später las ich dazu bei Fidel: „Che war der Begründer der freiwilligen Arbeit in Kuba. (...) Wenn irgendwo gebaut werden musste, sah man ihn mit einer Schubkarre, wenn Säcke geschleppt werden mussten, sah man ihn Säcke schleppen.“

KAFFEEERNTE BEI 40 GRAD

Wir waren natürlich bereit. Was wir nicht wussten – welcher Mühsal es kostete bei rund 40 Grad Celsius. Jeder von uns bekam einen vierkantigen Aluminiumeimer zum Befüllen. Bei mir, untrainiert, leidend unter Hitze und Luftfeuchtigkeit, dauerte es ewig, ehe nur der Boden bedeckt war. Nach einer gewissen Zeit allerdings merkte ich, wie sich mein Eimer wundersam füllte. Neben mir pflückte ein fülliger Kubaner. Ich beobachtete ihn heimlich. Immer wenn er glaubte, ich sähe weg, warf er mir eine Handvoll Kaffeebohnen in den Topf. Als ich ihn ertappte und wir das Rätsel lösten, fielen wir uns in die Arme. Immer, wenn ich daran denke, habe ich den Che zugeschriebenen Satz vor Augen: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“

Wir waren ein paar Tage vor dem Weltfest eingetroffen. In Havanna war noch kein Trubel, wir kriegten viel vom wirklichen Leben mit. Ich glaube, recht schnell verstanden zu haben, warum auf unserer kurze Zeit später folgenden großen Lateinamerika-Tournee Beifall ausbrach, wenn wir das obige Lied sangen oder Kuba nur erwähnten: Kuba war ein wirkliches Fanal für die noch in schlimmer Armut lebenden Menschen des Kontinents.

ERINNERUNGEN AN FIDEL

Über die Kundgebung mit Fidel muss ich noch reden: Ich hatte ihm schon bei einem seiner Treffen mit unseren „Oberen“ gegenübergesessen, hingerissen von seinem Charisma. Aber hier – ich weiß nicht mehr, wie lange er sprach vor einer halben Million Menschen, bei 40 Grad Hitze und ohne ein Stückchen Papier. Ich verstand fast nichts, aber eigentlich verstand ich alles. Grandios. Erst vor zehn Jahren, als ich endlich Ignacio Ramonets Fidel-Biografie gelesen hatte, wusste ich wieder, warum ich ihn schon damals verehrte. Als er am 25. November 2016 starb, hatte er alle US-amerikanischen Präsidenten seit 1956 überlebt, war Präsident eines Landes, das innerhalb eines einzigen Jahres den Analphabetismus ausgerottet hatte und das weltweit an erster Stelle steht bei der Zahl von Lehrern und Ärzten pro Kopf der Bevölkerung.

Am 11. April 2026 moderierte ich die Verleihung des Rosa-Luxemburg-Preises des Verlags 8. Mai an die Tochter des Che, Aleida Guevara. In einer Grußbotschaft las ich, dass sich auf der kleinen, von uns verehrten Insel mehr als 605.000 medizinische Fachkräfte freiwillig für Einsätze in 165 Ländern gemeldet, dabei mehr als 2,3 Mrd. Patienten behandelt, rund 17 Mio. Operationen durchgeführt, bei über fünf Mio. Geburten geholfen und mehr als zwölf Mio. Menschenleben gerettet hätten.

Ich konnte diese illustre Verbindung aus beneidenswerter Solidarität mit anderen Ländern, kubanischem Internationalismus und hoher Kultur fast nicht glauben. Denn das alles wurde erreicht bei permanenten, derzeit besonders infamen Blockaden und Angriffen auf dieses kleine Land mit seinen bemerkenswert mutigen Millionen kleiner und großer Compañeros.

Dass am Abend von Fidels Tod hiesige Fernsehsender nichts weiter zu tun hatten, als ein Dutzend Dissidenten anzuheuern, um Fidel zu verunglimpfen, verwundert nicht. Dass Gregor Gysi ihn jedoch einen Diktator nannte, ist ärgerliche Anbiederung an eine Gesellschaft, die er einst selbst bekämpfte. Aber jeder dumme, organisierte Hass hat nur erreicht, dass Fidel uns noch länger im Herzen bleibt. Denn wenn man sich einmal in ein Land und seine Menschen verliebt hat, dann bleibt das. So also zum Schluss, in großer Bewunderung Fidels, Ches, Aleidas und der kubanischen Kinder in der Schule, die lernen mit dem Ziel „Wir werden sein wie Che.“ – **Kuba bleibt!**

CUBA SÍ - REGIONALGRUPPEN

Sind keine Kontakte für Ihre Region aufgeführt, erfragen Sie diese bitte im Cuba sí-Büro (cuba-si@die-linke.de).

• BADEN-WÜRTTEMBERG

Ansprechpartner im Raum Stuttgart

• BAYERN

• LAG Bayern:
lag-bayern@cuba-si.org
• RG Nürnberg:
nuernberg@cuba-si.org

• BERLIN

• Koordinierungsgruppe Berlin: berlin@cuba-si.org

• BRANDENBURG

• RG Bernau + Uckermark:
bernau@cuba-si.org
• RG Potsdam:
cubasipotsdam@posteo.de
Ansprechpartner in Dahme-Spreewald, Frankfurt (Oder), Märkisch Oderland, Teltow-Fläming

• HAMBURG

• RG Hamburg:
hamburg@cuba-si.org

• HESSEN

• LAG Hessen:
lag-hessen@cuba-si.org
• RG Marburg:
marburg@cuba-si.org

• SACHSEN-ANHALT

Ansprechpartner in Magdeburg, Halberstadt und im Saalekreis

• NIEDERSACHSEN

• RG Braunschweig:
braunschweig@cuba-si.org
• RG Hannover:
hannover@cuba-si.org

• NORDRHEIN-WESTFALEN

• RG Paderborn:
paderborn@cuba-si.org

• SACHSEN

• RG Chemnitz:
chemnitz@cuba-si.org
• RG Dresden:
dresden@cuba-si.org
• RG Lausitz mit Ansprechpartnern im Raum Löbau/Zittau, Görlitz, Weißwasser, Niesky, Bautzen, Hoyerswerda und Kamenz
• RG Leipzig:
leipzig@cuba-si.org
• RG Vogtland:
vogtland@cuba-si.org

• MECKLENBURG-VORPOMMERN (MV)

• LAG MV: lag-mv@cuba-si.org
• RG Malchin:
malchin@cuba-si.org
• RG Rostock:
rostock@cuba-si.org
• RG Schwerin:
schwerin@cuba-si.org

• THÜRINGEN

• LAG Thüringen:
lag-thueringen@cuba-si.org
• RG Gera: gera@cuba-si.org
• RG Ilmkreis:
ilmkreis@cuba-si.org
• RG Wartburgregion:
wartburgregion@cuba-si.org

LAG: Landesarbeitsgemeinschaft
RG: Regionalgruppe

VORSCHAU

- 2.-16. August 2026, Caimito (Kuba), 53. Europäische Brigade der Solidarität „José Martí“ zum 100. Geburtstag Fidel Castros, Infos: unblock-cuba.org/veranstaltungen
- 10.-13. August 2026, Havanna (Kuba), I. Internationales Kolloquium „Fidel: Vermächtnis und Zukunft“, Infos: netzwerk-cuba.org
- 13. August 2026, Berlin, Vernissage „¡Hasta siempre, Fidel!“ – Fotoausstellung und Konzert des Liedermachers Tobias Thiele, Infos: jungewelt.de/termine
- 15. August 2026, Bonn-Bad Godesberg, Demonstration und Fiesta Moncada, Außenstelle der Botschaft Kubas
- 28.-30. August 2026, Berlin, UZ-Friedenstag, Infos: pressefest.unsere-zeit.de/news
- 5.-29. September 2026, Sancti Spiritus (Kuba), Cuba sí-Solidaritätsbrigade, Infos: cuba-si.org/service/termine
- 10. Oktober 2026, Jahreshauptversammlung Netzwerk Cuba, Infos: netzwerk-cuba.org
- 10. Oktober – 3. November 2026, Pinar del Río (Kuba), Cuba sí-Solidaritätsbrigade, Infos: cuba-si.org/service/termine
- 17./18. Oktober 2026, Berlin, Fidel-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Infos: rosalux.de
- 23. November – 5. Dezember 2026, Caimito (Kuba), 67. Nordische Brigade der Solidarität, Infos: netzwerk-cuba.org
- 9. Januar 2027, Berlin, 32. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, Infos: jungewelt.de/rlk

IMPRESSUM

Herausgeber: Cuba sí,
Arbeitsgemeinschaft in der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030-24 009 455
www.cuba-si.org, cuba-si@die-linke.de
V.i.S.d.P.: Miriam Näther

Druckerei: Pinguin Druck GmbH
Auflage: 10 000 Exemplare
Redaktionsschluss: 30. Juni 2026

Cuba sí Revista erscheint zweimal jährlich und wird durch Spenden finanziert.

In der Revista verwenden wir das generische Maskulinum, meinen aber ausdrücklich alle Geschlechter.

Wer Kuba unterstützen möchte:

Spendenkonto beim Parteivorstand der Partei Die Linke:
Empfänger: Die Linke. Parteivorstand
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC: BELADEBEXX

Bitte Verwendungszweck angeben: „Milch“, „Überleben“ oder „Energie“ und Ihre Anschrift.
Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Gestaltung: Marianne Richert

LESESTOFF

Seit über 60 Jahren leidet Kuba unter einer umfassenden Blockade. Der Zahnmediziner und Soli-Aktivist Matthias Gutsch reiste Anfang 2025 durchs Land, um das Gesundheitssystem der Insel zu unterstützen. In seiner Reiseerzählung „Der Frieden der Ameisen“ schildert er informativ, realitätsnah und warmherzig Begegnungen, die in Erinnerung bleiben. Ab Juli 2026 im Handel, ISBN 978-3-696353-93-3 (Hardcover 19,95 Euro) und ISBN 978-3-696371-20-3 (Softcover 15,00 Euro).